

# Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Armin Laschet (CDU)



Britta Altenkamp (SPD)

*Derzeit wird über ein Erstarren der Bürgergesellschaft diskutiert. Das liegt meiner Meinung nach an ...*

... einem selbstbewussten Bürgertum, was mit entscheiden will. Dies müssen wir als Parlament aufgreifen, da Demokratie vom Engagement der Bürger lebt.

... der Unzufriedenheit der Bürger mit der politischen Parteienlandschaft. Und mit der schwarz-gelben Bundesregierung ...

*Für uns als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter bedeuten die Möglichkeiten direkter Demokratie ...*

... eine Ergänzung des repräsentativen Demokratie Modells. Politik muss wieder zuhören, besser erklären und die Bürger ernst nehmen. Politik muss aber auch klar Position beziehen und darf nicht nur auf Umfragen schießen.

... die unmittelbare Mitwirkung der Bürger an politischen Entscheidungen. Ein richtiges und wichtiges Mittel, um die Bürger stärker einzubinden – nicht umsonst haben wir uns im Koalitionsvertrag verpflichtet, die direkte Demokratie auf Landes- und kommunaler Ebene auszubauen. Mit dem Gesetzentwurf zur Erleichterung von Volksbegehren machen wir einen ersten großen Schritt in diese Richtung.

*Um eine hohe Bürgerbeteiligung an direktdemokratischen Formen tatsächlich zu erreichen, ...*

... ist es wichtig, dass viele Menschen informiert und zur Beteiligung ermutigt werden. Denn ergänzende Beteiligungsmöglichkeiten werden sehr ungleich genutzt und gehen häufig zulasten einkommensschwacher und gering gebildeter Bevölkerungsgruppen. Demokratie aber heißt, für alle da zu sein.

... müssen wir gute und transparente Sacharbeit leisten und die politische Bildung ausbauen.

*Direkte Demokratie auf bestimmte Themenfelder zu begrenzen, halte ich für ...*

... falsch. Entscheidend ist, ob die Fragestellung vertiefte Sachkenntnis erfordert und wie sich Beteiligung organisieren lässt. Der Moderationsprozess zu Stuttgart 21 von Heiner Geißler zeigt, dass auch komplizierte Fragen zum Ergebnis geführt werden können.

... sachgemäß und rechtlich erforderlich.

*Kommune, Land, Bund, EU – direkte Demokratie macht aus meiner Sicht am meisten Sinn ...*

... in der Kommune, da dort Probleme vor Ort gelöst werden. Komplexe Sachverhalte lassen sich besser im parlamentarischen Kompromiss als in einer simplen Ja-Nein-Frage beantworten.

... bei Themen, die die Bürger direkt und unmittelbarer betreffen, d.h. aus der „Nachbarschaft“ – direkte Demokratie ist daher in Kommunen und Land sinnvoll.

## Diesmal zu direkter Demokratie.



... der Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungsprozessen, wenn sie intransparent und nicht nachvollziehbar sind. Bürgerinnen und Bürger schauen viel aufmerksamer darauf, ob von politischen Entscheidungen einzelne bzw. einseitige Interessen bedient werden und sich offensichtlich Lobbygruppen durchsetzen.

... eine engere Bindung an die Bürgerinnen und Bürger. Eine starke Demokratie lebt von der Einmischung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für die demokratische Teilhabe in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Direktere Demokratie wirkt auch einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen.

... benötigen wir die Transparenz der Daten, die Offenlegung von Entscheidungen, Prozessen und Konsequenzen. Die Informations- und Kommunikationswege müssen möglichst barrierefrei gestaltet sein. Demokratie muss gelernt und gelebt werden können, deshalb muss die politische Bildung gerade auch in der Schule gestärkt werden.

–Die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte sind für alle bindend. Für direkte Demokratie muss die präventive Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht gelten, so dass es unmöglich ist, durch ein Volksbegehren z. B. die Todesstrafe oder eindeutig minderheitenfeindliche Gesetze durchzusetzen.

... wenn sie konsequent auf allen Ebenen ausgestaltet wird. Demokratie braucht gerade in der pluralen Gesellschaft demokratischen Zusammenhalt. Dieser entsteht gerade dann, wenn Bürgerinnen und Bürger auch wirklich politisch teilhaben und wir gemeinsam, demokratisch, die Zukunftsherausforderungen angehen.



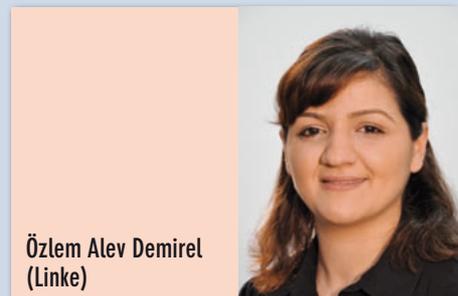
... mehr Interesse der Bürger an Entscheidungen vor Ort. Die FDP betont seit langem, dass der Einzelne mehr Verantwortung erhalten muss. Der Vollkaskostaat hat ausgedient: Er ist weder finanzierbar noch wünschenswert, da er den Menschen die Freiheit nimmt. Eigenverantwortung und Bürgerengagement sind unverzichtbar.

... eine weitere bereichernde Säule im politischen System, die Entscheidungen repräsentativ gewählter Gremien flankiert und ergänzt, aber Verantwortlichkeiten nicht ersetzen darf. Grobe Fehlentscheidungen politischer Mehrheiten werden durch mündige Bürger korrigiert wie unlängst die Hamburger Bildungsreform.

... müssen die Instrumente transparent sein und sich auf relevante Kernfragen konzentrieren, die die Menschen bewegen. Eine fachlich gute Information durch Initiatoren und Medien ist notwendig zur Bewusstseinsbildung. Abstimmungspunkte sollten verständlich formuliert sein, damit die Konsequenzen bekannt sind.

... angebracht, zumal Abstimmungen zu Fachthemen ein hohes Maß an Sachkenntnis voraussetzen. Die Emotionalität des Augenblicks darf sachlich fundierte und qualifizierte Entscheidungsprozesse nicht ersetzen. Schützenswerte Grundrechte einzelner sollten nicht einem populistischen Mainstream zum Opfer fallen.

... vor Ort, wo die Betroffenheit von Entscheidungen am unmittelbarsten für jeden Abstimmungsberechtigten erlebbar ist. Eine lebendige Demokratie macht aber nicht Halt vor bestimmten Ebenen. Genauso wichtig für die persönliche Urteilsfähigkeit wie das Abstimmungsgebiet ist die zu entscheidende Fragestellung.



... dem aufkeimenden Widerstand gegen die Arroganz der Regierenden, die sich daran gewöhnt haben, Politik gegen die Mehrheit zu machen. Ob Hartz IV, Afghanistan-Krieg oder auch Stuttgart 21 und die Atompolitik: Immer wird im Interesse einer kleinen Minderheit entschieden. Dagegen regt sich Widerstand.

... die Menschen selbst – den Souverän – entscheiden zu lassen. Nur dann wird die Demokratie lebendiger. Privatisierungen und Liberalisierungen bedeuten Demokratieabbau, weil nur noch Konzernzentralen entscheiden. DIE LINKE aber will mehr Demokratie wagen.

... müssen tatsächlich kontroverse Themen zur Abstimmung stehen, die direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. OB-Abwahl, Kraftwerksbau, Hartz IV: ja oder nein. Menschen brauchen klare Alternativen. Die Menschen sind nicht politikverdrossen. Sie sind aber skeptisch geworden gegenüber Parteien und parlamentarischer Demokratie.

... falsch. Grundsätzlich sollten alle Themenfelder offen für direkte demokratische Entscheidungen sein. Dabei dürfen aber die Grundrechte der Menschen natürlich nicht infrage gestellt werden. Gerade finanzielle Auswirkungen dürfen kein Grund sein, Themen auszuschließen. Letztlich heißt Demokratie für mich nicht, nur alle paar Jahre an die Wahlurne zu gehen.

... auf allen vier Ebenen. Wenn wirklich alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, dann muss die Bevölkerung auch auf allen Ebenen direkt beteiligt werden. Bürger- und Volksentscheide sind ein Teil unserer Demokratie. Menschen systematisch bei bestimmten Entscheidungsprozessen auszuschließen, weil sie z. B. die Staatsbürgerschaft nicht haben, ist falsch.